



Lothar Mark
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses
Lateinamerika-Beauftragter der
SPD-Bundestagsfraktion



Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesministerin a. D.
Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe

S. E.
Herrn Staatspräsidenten
Dr. Alan García Pérez
Staatspräsident der Republik Peru

Über: Deutsche Botschaft Lima

Berlin, den 09.11.2006/al

Gesetzentwurf über Zulassung und Projekte von peruanischen Nichtregierungsorganisationen

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

wir wenden uns an Sie, weil uns die Information, dass der peruanische Kongress am 2. November 2006 eine Änderung des Gesetzes für das Koordinationsbüro der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in Peru (APCI, Ley N° 26692) in zweiter Lesung verabschiedet hat, mit großer Sorge erfüllt.

Dieser Änderungsentwurf (Ley N°. 25 / 2006-PE) sieht vor, dass peruanische Nichtregierungsorganisationen sich für die Ausübung ihrer Arbeit verpflichtend bei dem Koordinationsbüro der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit registrieren lassen müssen. Das Registrierungsverfahren umfasst die fiskalische Kontrolle der jeweiligen Nichtregierungsorganisation sowie die Bewertung ihrer Projekte seitens der APCI und beinhaltet darüber hinaus auch eine Rechenschaftspflicht gegenüber weiteren staatlichen Behörden.

Als Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion für Lateinamerika, als Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages sind wir beunruhigt über die Auswirkungen dieses Gesetzes. Künftig sollen Institutionen, die unter dem Einfluss der peruanischen Regierung stehen die Möglichkeit haben, die Aktivitäten von Organisationen zivilgesellschaftlicher Akteure verbindlich vorzugeben. Das beschränkt die Tätigkeit von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen in wesentlicher Weise. Wir befürchten deshalb, dass die Arbeit gerade von peruanischen Menschenrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen eingeschränkt werden soll, die ja heute eine wichtige Kontroll- und Schutzfunktion im Interesse der Bevölkerung ausüben.

Auch die Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte in ihrer Stellungnahme voller Besorgnis auf diesen Punkt hingewiesen. Die Ombudsfrau (Defensora del Pueblo) Beatriz Merino hat wegen der „ernsten Widersprüche zur Verfassung“ dem peruanischen Kongress empfohlen, die Verabschiedung des Gesetzes zu suspendieren.

Wir alle kennen die wichtige Bedeutung der Arbeit freier zivilgesellschaftlicher Organisationen gerade für das Funktionieren eines rechtstaatlichen und demokratischen Staates in Latein-

amerika. Vereinigungsfreiheit und Vertragsabschlussfreiheit sind dafür wichtige Grundvoraussetzungen; sie sollten nicht eingeschränkt werden.

Die guten, engen und tief greifenden Beziehungen zwischen Deutschland und Peru wie auch zwischen Europa und der Andenregion sind nicht zuletzt auch mit gemeinsamen Wertvorstellungen und Visionen sowie internationalen Standards und Kriterien verknüpft, denen eine Verabschiedung des geänderten Gesetzes für das Koordinationsbüro der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit entgegenstehen würde.

Lassen Sie uns hinzufügen, dass unser Schreiben an Sie auch von den gemeinsamen Werten der Sozialistischen Internationale getragen ist, für die das Funktionieren einer freien und aktiven Zivilgesellschaft besonders hohe Bedeutung hat.

Wir wissen, dass die angestrebte Gesetzesänderung mit Ihrer Zustimmung in Kraft treten kann. Deshalb bitten wir Sie, sehr geehrter Staatspräsident, die genannten Aspekte in Ihre Prüfung und Entscheidung einzubeziehen und Beeinträchtigungen der Arbeit der NGOs nicht zuzulassen.

Mit freundlichen Grüßen



Lothar Mark



Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

Postanschrift Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 0049 30 227-77901
Fax: 0049 30 227-76901
lothar.mark@bundestag.de

Postanschrift Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 0049 30 227-73335
Fax: 0049 30 227-74931
herta.daeubler-gmelin@bundestag.de